

Parlamentswahlen und Demokratisierung in Kazachstan – kein Schritt vorwärts und kein Schritt zurück

Die Wahlen zu den beiden Kammern des kazachstanischen Parlaments vom 5. bzw. 9. Dezember 1995 haben nicht nur in den deutschen Medien kaum Widerspiegelung gefunden. Auch vor Ort hatte man fast den Eindruck, der spannendere Wahlkampf finde zur gleichen Zeit um die Zusammensetzung der Duma im Nachbarland Rußland statt. Dennoch lohnt ein Versuch, die Wahlen in den Transformationsprozeß dieses zweitgrößten Nachfolgestaates der UdSSR einzuordnen. Allein die Tatsache, daß 110 internationale Wahlbeobachter aus 17 Ländern und zehn internationalen Organisationen den Wahlen auf Einladung der kazachstanischen Regierung beiwohnten, mag als Indiz dafür gelten, daß letztere ein Interesse an einer unbefangenen Einschätzung des Demokratisierungsprozesses hatte, und daß auch die entsendenden Länder zumindest den Beginn eines solchen Prozesses konstatiert haben müssen.

Die komparatistische Verortung Kazachstans gestaltet sich ebenso kompliziert wie die Suche nach anwendbaren Ordnungsmustern. Die Sonderstellung Kazachstans folgt aus seiner mit Rußland vergleichbaren eurasischen Lage und (militär)strategischen Bedeutung. Daraus ergibt sich, daß Kazachstan in besonderer Weise sowjetisch, rußländisch und mittelasiatisch-islamisch geprägte Politiktraditionen in sich vereinigt. Kazachstan liegt nicht nur an der eurasischen Schnittstelle, auch seine Zugehörigkeit zu Mittelasien ist eine ambivalente: Wirtschaftsgеоgraphisch gehört es nicht dazu, und historisch betrachtet, wäre ihm nur der – ehemals zu Turkestan gehörige – südliche Teil zuzuschlagen.¹ Mit dem für die UdSSR-Nachfolgestaaten normalen Widerspruch zwischen sowjetischen Legaten und der Suche nach post-sozialistischen Politikvarianten verbindet sich in Kazachstan also der für Entwicklungsländer ebenso normale Widerspruch zwischen den übernommenen formalen Ordnungsmustern westlicher Industriestaaten und dem Fehlen einer entsprechenden, historisch gewachsenen strukturellen und politischen Präfiguration. Stellt allein diese Verbin-

derung von Entwicklungsland und Postsozialismus schon eine Besonderheit dar, die allerdings Kazachstan zumindest mit seinen mittelasiatischen Nachbarstaaten teilt, so wird das Land angesichts der Verknüpfung der folgenden Spezifika zum Unikat:

Erstens, westliche Ordnungsraster wären hier immer auch in der Weise voraussetzungslos aufgepfropft, da sie keine während eines (Neo)Kolonialismus gewachsene westliche Politiktradition besitzen, wie es in anderen Entwicklungsländern der Fall ist. Zweitens, die ehemalige Kolonialmacht Rußland ist unmittelbarer Nachbar; zaristischer Kolonialismus (vollständig seit 1848) ging fließend in bolschewistische bzw. sowjetische Bevormundung über (seit 1919 bzw. 1924), und der russische Counterpart ist in Gestalt der kazachstanischen Russen, deren Anteil dem der Titularnation fast gleichkommt, unmittelbar präsent. Drittens, anders als in den stärker muslimisch geprägten mittelasiatischen Republiken hat der Islam in Kazachstan keine nationale Bindungsfunktion.² Die Umsetzung entsprechender politischer Bestrebungen wäre auch durch die Verfassung ausgeschlossen.³

Einerseits zeugt die Tatsache, daß Kazachstan als letzte Republik der UdSSR seine Unabhängigkeit erklärt hat, um dann mit den Vorschlägen einer gemeinsamen Rubelzone mit Rußland und Uzbekistan bzw. einer Eurasischen Union⁴ aufzuwarten, von seinem Wunsch, eine besondere Bindung an Rußland zu wahren, ein Ansinnen, das auch der im Norden Kazachstans überwiegenden russischen Bevölkerung gerecht würde. Andererseits wird – wie im Falle der Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft für Kazachen im Ausland, aber eben nicht für die in Kazachstan lebenden Russen – durchaus mit zweierlei Maß gemessen. Wenn ethnische Konflikte vergleichsweise wenig militant ausgetragen werden, so auch – aber nicht nur – deshalb, weil das „russische Problem“ in größerem Maße nach Rußland migriert.⁵ Aus diesen drei kazachstanischen Problemkonstellationen lassen sich – stark verkürzt – die folgenden Widersprüche herausfiltern:

- zwischen dem Fehlen tragfähiger autochthoner Politikmodelle bzw. -traditionen und dem Streben nach einer eigenständigen politischen „Innenausstattung“ neugewonnener Unabhängigkeit,
- zwischen einer in Mittelasien einzigartigen Verknüpfungstradition mit Rußland und einem gleichzeitigen Drang nach Unabhängigkeit von ihm, wobei hegemoniale Bestrebungen in Mittelasien und der Wunsch nach Ebenbürtigkeit mit dem Kernland der GUS eine Symbiose bilden, die jedoch ihrerseits verbunden ist mit dem Wunsch nach Kooperation und Integration sowohl mit Rußland

als auch mit Mittelasien,

- zwischen staatlicher Souveränität und unvollendetem demokratischem *nation-building*, denn – anders als Rußland – hat Kazachstan nie als konsolidierter unabhängiger Staat existiert,⁶ so daß Transition zur Demokratie gleichbedeutend mit demokratischem *nation-building* wäre.

Bei der Konzipierung des eigenen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses läuft Kazachstan nahezu fast folgerichtig Gefahr, sich in der Vielzahl der vorgeschlagenen Politikmodelle und Vergleichsmuster zu verlieren. Als konkurrierende Vorbilder werden dabei „gehandelt“:

- die Präsidialsysteme der USA und Frankreichs, die für die Erarbeitung der kazachstanischen Verfassung Pate gestanden haben,
- die politischen Systeme der mittelasiatischen Nachbarn mit ihren eher an die Türkei (Uzbekistan, Kyrgyzstan) oder den Iran (Tadżikistan) angelehnten Politikvorstellungen, wobei Kyrgyzstan und Uzbekistan (mit denen Kazachstan im Juli 1994 eine Wirtschaftsgemeinschaft gebildet hat) dabei Kazachstan zweifellos näherstehen als Tadżikistan,
- das Zusammenspiel von wirtschaftlicher Öffnung und sozialistischer Beharrung im Nachbarland China,
- das stark mit autoritären Zügen behaftete Präsidialsystem und die imperialen Ambitionen Rußlands,
- die Erfahrungen der mittel- und osteuropäischen postsozialistischen Länder, darunter vor allem die der Integration der neuen Bundesländer in die BRD als ein Bezugspunkt für das Verhältnis Rußlands und Kazachstans,⁷
- das wirtschaftliche (und partiell auch politische) Vorbild der asiatischen Schwellenländer,
- die zur gleichen Sprachfamilie gehörende, säkularisierte, aber muslimisch geprägte Türkei, die gewissermaßen für Kazachstan die Seidenstraße bis nach Westeuropa „führen“ soll und ihrerseits auf einen Transitionsprozeß zurückblickt.

Die besonderen Schwierigkeiten schon allein bei der konzeptionellen Vorbereitung der Demokratisierung in Kazachstan, von denen das hier beschriebene Konglomerat politischer Optionen Zeugnis ablegt, ergeben sich erstens aus der eurasischen Zwischenstellung und militär-strategischen Bedeutung Kazachstans, was den Westen vor das Dilemma stellt, politische und soziale Stabilität selbst bei einer Prädominanz eines autoritären Politikstils stützen zu müssen. Zwei-

tens, darf der Liberalisierungsprozeß nicht jenen Vorteil in Frage stellen, den Kazachstan im Unterschied zu anderen GUS-Staaten hat: politische Stabilität und ein relativ konfliktfreies Verhältnis zwischen Titularnation und anderen Ethnien. Drittens, verbinden sich die gesellschaftlichen Traditionen von Nomadentum, Klan-, Chan- und Kastenwesen (Zužy) mit mafiösen Kompradorenstrukturen, und sie sind hineingestellt in den Widerspruch zwischen kazachischem und russischem Ethnos, zwischen Norden und Süden, Zentrum und Provinz, und dies in einem riesigen Land (von den GUS-Staaten hat nur Rußland eine größere Fläche), wo *nation-building* nicht nur diese Widersprüche ausbalancieren, sondern auch eine wirtschaftliche und politische Leere in weiten Gebieten überwinden muß. Die diesbezüglichen historischen Erfahrungen waren zudem vornehmlich am sowjetisch-autoritären Politikstil ausgerichtet. Viertens, ist die besondere Verfestigung sowjetischer Politiktraditionen im politischen Selbstverständnis der Bevölkerung zu berücksichtigen, und zwar in der widersprüchlichen Verzahnung von repressiver (Deportationsgebiet und Gulag) *und* konstruktiver Kollektiverfahrung (Hinterlandfunktion während des Großen Vaterländischen Krieges und Neulandgewinnung seit 1954).⁸

Vor diesem Hintergrund wird klar, daß zwar Wahlen immer – und auch in Kazachstan – als ein Test für das Funktionieren demokratischer *procedere* gelten und durchaus auch davon zeugen, ob ein Demokratisierungsprozeß ernsthaft in Angriff genommen ist. Doch gerade wenn Wahlen – wie die hier betrachteten – nur am Beginn eines langen Transformationsprozesses einzuordnen sind, sagt ihre „Sauberkeit“ allein nur wenig über den tatsächlichen demokratischen Wert der *procedere* aus. Zu diesem Auseinanderklaffen von Form und Inhalt waren im Vorfeld der Stimmabgabe beim „Mann auf der Straße“ die beiden folgenden Meinungsbilder vorherrschend:

- Der Kampf ums ökonomische Überleben ginge vor Stimmabgabe, denn es sei völlig egal, „wer da oben sitzt“, es ändere sich doch nichts. Monatelang seien keine Renten, Löhne etc. ausgezahlt worden, der Nahverkehr funktioniere nicht, Medikamente seien unerschwinglich, das Radio schweige, Betriebe und Kolchose gingen Bankrott, und die da oben hätten nur ihre eigenen Privilegien im Kopf.
- Wahlen gehörten zum Funktionieren von Gesellschaft, man müsse sie sauber und ordentlich über die Runden bringen, so habe man das immer gehalten, sonst würde das Land gänzlich in der Anarchie versinken.

Keiner der Befragten dieser nicht repräsentativen Umfragen hat den Wahlen einen demokratischen Impuls zugestanden. Das Meinungsspektrum schwankte zwischen Apathie bzw. Resignation (Abstentionismus) und Disziplin bzw. Pflichtbewußtsein (Wahlteilnahme). Auch bei der Befragung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Politiker, Journalisten und Gewerkschafter) wurde offensichtlich, daß die Wahlen nicht als eine politische Zäsur eingeschätzt wurden. Unterschiede gab es bei den Schuldzuweisungen: Oppositionelle bzw. unabhängige Kräfte sahen die Ursache für den schleppenden Transformationsprozeß in erster Linie im Autoritarismus des Präsidenten (dabei wird sogar der Vergleich mit Pinochet kolportiert⁹) und in der Persistenz der alten Nomenklatura. Das gegensätzliche Erklärungsmuster, vor allem von einem Großteil der Provinz-Bevölkerung und Mitarbeitern der Administrationen vorgebracht, bezog sich dagegen auf die Inkompetenz und Privilegiensucht der Parlamentarier, die es dem Präsidenten schwer und einen starken Präsidialismus erforderlich machten. Dabei wird die Frage, ob im Parlament „einfache“ Volksvertreter oder professionell qualifizierte Angehörige einer „imaginären“ Mittelklasse sitzen sollten, stark diskutiert. Die resignativen und die kritischen Argumente haben ihre Wurzeln nicht nur in der prekären sozialen Lage, sondern auch in der jüngeren politischen Vergangenheit: Allein im Jahre 1995 ist die Bevölkerung Kazachstans dreimal zu den Urnen gerufen worden. Das Referendum über die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten Nazarbaev bis zum Jahr 2000 im April 1995 und das Verfassungsreferendum vom 30. August 1995 gingen den Parlamentswahlen voraus. Mit jedem Wahlgang hat die Wahlmüdigkeit zugenommen, und der Schock über die Auflösung des alten Obersten Sowjets durch den Präsidenten im März 1994 saß tief in der Bevölkerung. Die darauf folgende fast einjährige parlamentslose Zeit hat das Vertrauen insbesondere in Parlamentswahlen zusätzlich geschwächt.

Die stark akzentuierte Präsidialverfassung, die sich an das USA-Vorbild anlehnt, jedoch einen weitaus weniger ausgeprägten Mechanismus des *check and balance* vorsieht und eine Reihe von weitreichenden pro-präsidialen Übergangsbestimmungen einschließt, rückt das Präsidialsystem eher in die Nähe der französischen V. Republik unter Charles de Gaulle oder Méxicos als in die der USA. Bei den Wahlen zum Zweikammerparlament (Senat und Mažilis) handelt es sich nur im Falle der Mažilis (Unterhaus) um direkte Wahlen. Die Tatsache, daß die Senatswahlen – die vier Tage vor den Wahlen zum

Unterhaus stattfanden – und von Wahlmännern/frauen vorgenommen wurden, die sich ihrerseits aus der Gesamtheit der lokalen Exekutive (Maslichaty) rekrutierten, hat den demokratischen Charakter der Wahlen in den Augen der Bevölkerung stark geschmälert. Auf besondere Kritik ist dabei gestoßen, daß die Wahlen vom 7. März 1994 zu den Maslichaty auf derselben gesetzgeberischen Grundlage stattfanden wie die zum Obersten Sowjet, dieser jedoch vom Verfassungsgericht im März 1995 für illegitim erklärt und vom Präsidenten aufgelöst worden war. Befürchtet wird nun, daß auch der Senat einmal für illegitim erklärt werden könnte. Schließlich darf der Präsident laut Verfassung sieben Senatoren nach Abschluß der Wahlen selbst nominieren, die im Unterschied zu den gewählten Senatoren vier statt nur zwei Jahre zum Parlament gehören werden. In 38 von 40 Wahlbezirken sind die Senatoren im ersten Wahlgang gewählt worden. Unter ihnen ist nur eine Frau. In zwei Wahlbezirken konnte zunächst keiner der Kandidaten die zur Nominierung als Abgeordneter berechtigenden mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Für 40 Vakanzen gab es nur 49 Kandidaturen. Die vom Präsidenten zu bestimmenden sieben Senatoren werden erst nach Abschluß der Parlamentswahlen und der Verkündung ihrer Ergebnisse bekanntgegeben, um – wie der Vorsitzende des Zentrisbirkoms Jurij Kim meint¹⁰ – eine proportionale Vertretung des Volkes nach sozialen, ethnischen, professionellen Kriterien usw. zu garantieren. Während den Deputierten der Mažilis der vorherige Arbeitsplatz nicht garantiert bleibt, wird sich um das Schicksal seiner „Sieben“ nach Ablauf von deren Legislaturperiode der Präsident selbst kümmern.

Bei den Wahlen zur Mažilis vom 9. Dezember 1995 gingen von 8.861.898 Wahlberechtigten 7.012.738 zu den Urnen. Das entsprach nach offiziellen Angaben einer Wahlbeteiligung von 78,16 Prozent. Dabei wurden 43 von 67 Deputierten gewählt. In den restlichen Wahlkreisen erhielt im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit, so daß ein zweiter Wahlgang erforderlich wurde. Erst danach konnte die Mažilis zusammentreten, da die erforderliche Mindestanzahl von zwei Dritteln der Deputierten im ersten Wahlgang zunächst nicht erreicht worden war. Sieht man einmal von der verfassungsgemäß beschränkten politischen Macht der Legislative, darunter vor allem der Mažilis, ab, so wurden aus der Sicht der Beobachter inhaltlich vor allem Bedenken gegenüber der Wahlbeteiligung und dem „parteilosen“ Charakter der Wahlen angemeldet: Die Wahlbeteiligung galt als die entscheidende Frage dieser Parlamentswahlen sowohl für die

Beobachter als auch die Verantwortlichen. Anders als in Rußland war die Gültigkeit der Wahlen an eine Beteiligung von über 50 Prozent gebunden. Diese Anforderung gab zu der Befürchtung Anlaß, daß dieser Prozentsatz geschönt werden könnte. Viele der Unregelmäßigkeiten können auf Unerfahrenheit der Wahlkommissionen, aber eben auch auf den Vorsatz, eine bestimmte Wahlbeteiligung „zu bringen“, zurückzuführen sein. Nimmt man aber eine Umfrage des Giller-Institutes zum Bezugspunkt, nach der 65,9 Prozent der Befragten sagten, sie würden zu den Wahlen gehen, 21 Prozent noch unentschieden waren, und 13,1 Prozent eine Wahlteilnahme ablehnten,¹¹ so scheint das offizielle Ergebnis nachvollziehbar. Daß es ein Gefälle zwischen Provinz (insbesondere den Dörfern) und der Hauptstadt geben würde, war vor auszusehen. Das Gros der internationalen Beobachter – selbst wenn es der offiziellen Verlautbarung über die Wahlteilnahme nicht glauben mochte – bestätigte, daß die für die Legitimität der Wahlen erforderlichen 50 Prozent Wahlteilnahme auf jeden Fall überschritten worden seien.

Interessanter ist jedoch in diesem Zusammenhang die Frage, warum so viele Bürger zu den Urnen gingen, obgleich sie weder über die Programme der Kandidaten noch über deren eventuelle Zugehörigkeit zu einer Partei, ja oftmals nicht einmal über die Person des Kandidaten und dessen Politikangebote informiert waren, und nicht wußten, daß ein Zweikammerparlament gewählt wird, oder nicht einmal den Begriff *Madžilis* kannten. Man ging zu den Wahlen, weil man es als seine Pflicht empfand (eine gesetzliche Wahlpflicht gibt es in Kasachstan nicht), begrüßte die Wahlkommission mit den Worten „*s prasdnikom*“, und stimmte bestenfalls für die Person (den Akademiker, den Ingenieur), nicht aber für dessen Partei.

Westliche Beobachter hielten die Tatsache, daß der Wahlkampf äußerst dröge verlaufen war, daß in ihm Parteien kaum eine Rolle gespielt hatten und sie auf den Wahlzetteln hinter dem Namen der Kandidaten überhaupt nicht aufgetaucht waren, für erstaunlich und kritikwürdig. Wohl sieht die kasachstanische Regierung ein Mehrparteiensystem als Voraussetzung für Demokratie an, und selbiges hat sich auch seit Frühjahr 1990 zu konstituieren begonnen. Die Kandidaten zur *Madžilis* repräsentierten auch ein Dutzend Parteien, Gewerkschaften und mehrere Jugend- und Berufsorganisationen, doch die Partei- bzw. Organisationszugehörigkeit eines Kandidaten war dem Wahlberechtigten in Almaty oft und in der Provinz überwiegend egal. In den Dörfern hat die Frage nach den repräsentierten Parteien stets absolu-

tes Unverständnis hervorgerufen. Sieht man einmal von der Möglichkeit der Selbstnominierung ab, von der die Mehrheit der Kandidaten Gebrauch gemacht hat, haben die sogenannten „zentristischen“ Parteien (Partei der Nationalen Einheit und Demokratische Partei), die dem Präsidenten nahestehen, die meisten Kandidaten nominiert. Die Mehrzahl der oppositionellen Parteien – wie die Sozialistische Partei und die Arbeiterbewegung – und die Unabhängigen Gewerkschaften hatten erst gar keine eigenen Listen aufgestellt und die Wahl somit boykottiert. Die Kommunistische Partei, die erst 1994 ihren legalen Status wiedererlangt hatte und der aufgrund ihrer Prioritätensetzung zugunsten sozialer Themen und ihrer nicht-korporativen Ausrichtung ein Zugewinn politischen Einflusses vorausgesagt wurde, hat von insgesamt 273 Kandidaturen (Stichtag 2. Dezember 1995) nur acht Kandidaten für die Mažilis gestellt. Einen kommunistischen Senator wird es zudem nicht geben. Für die offizielle Seite ist Staatspolitik ausdrücklich keine Parteienpolitik. Das Wirken der zentristischen Parteien wird allerdings ganz offensichtlich mit besonderem Wohlgefallen betrachtet und bewußt in den Kontext der Diskussion um eine (imaginäre) „erlösende“ Mittelklasse und eine avisierte Marktwirtschaft gestellt.

Hinsichtlich des *procedere* der Wahlen war das Bemühen der Wahlkommissionen in den Wahlbezirken um saubere Wahlen erkennbar, wenn auch Unregelmäßigkeiten vor allem traditioneller Couleur an der Tagesordnung waren: *Family voting* (ein Familienmitglied stimmt für die anderen mit ab) war vom Gesetz verboten, wurde aber als Gewohnheitsrecht betrachtet. Personaldokumente mußten nur selten gezeigt werden. Mitglieder der Wahlkommission halfen zuweilen beim Ausfüllen der Stimmzettel. Zu besonderen Schwierigkeiten führte das zweisprachige Layout der Stimmzettel: Der Forderung, alle nicht gewählten Kandidaten durchzustreichen und nur den einen gewählten übrig zu lassen, wurde (absichtslos) immer dann nicht Rechnung getragen, wenn der nicht-muttersprachliche Part des Stimmzettels vom Stimmberechtigten ignoriert und dort kein Kandidat durchgestrichen wurde. Daraus resultierte Konfusion bei der Auszählung, und zweifellos wurde es von Kommission zu Kommission unterschiedlich entschieden, ob eine solche Stimmabgabe als gültig oder ungültig anzusehen sei. Insgesamt gesehen, sind die Wahlen ohne Fälschung und auch ohne Einschüchterung oder Zwang der Bevölkerung vonstatten gegangen. Wahlunregelmäßigkeiten sind jedoch fast flächendeckend konstatiert worden, so daß das Wort von den *free and fair elections*

ein Euphemismus wäre. Das prozedurale Minimum kann jedoch als erfüllt betrachtet werden.

Hinsichtlich ihres Stellenwertes im Transformationsprozeß können die Parlamentswahlen vom Dezember 1995 weder als ein Schritt nach vorn noch als ein Schritt zurück bezeichnet werden. Das Aufder-Stelle-Treten einer Demokratie im Embryonalzustand ist gewiß kein Zeichen für die Vertiefung oder die Konsolidierung eines Transformationsprozesses. Doch die Einschätzung des Regime-Typs und des erreichten Grades gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung darf – soll die zu Beginn unmissene mehrfach ambivalente politische Präfiguration Berücksichtigung finden – keine eindimensionale sein. Für einen noch im Anfang befindlichen Transformationsprozeß sind weder allein die unausgewogenen Kriterien einer Opposition, die selbst von den gleichen defizitären Demokratie-Vorstellungen geprägt ist wie das von ihr kritisierte Regime, noch das westeuropäische Modell eines starken Parlamentarismus und Parteienpluralismus als *Minimal*-kriterium anzulegen. Wird Nazarbaev – wie von einigen seiner Kritiker – als der kazachische Pinochet bezeichnet, so zeugt das davon, daß diese entweder Pinochets Mord- und Folterpolitik oder aber das gegenwärtige Kazachstan nicht kennen. Wird gar im Zusammenhang mit Kazachstan von Apartheid gesprochen,¹² so dürfte das frühere Südafrika, das heutige Guatemala oder aber die – wesentlich kontrastierende – politisch-ethnische Konstellation in Kazachstan falsch bewertet sein. Kazachstan unterscheidet sich selbst von Turkmenistan und Uzbekistan dadurch, daß alternative politische Kräfte nicht mit alten Repressionsinstrumenten unterdrückt werden.¹³ Wenn in einer Umfrage 52,8 Prozent der Befragten den Namen ihres Präsidenten nicht nennen konnten,¹⁴ so ist das zwar kein Zeugnis für die Popularität von Nazarbaev, es verweist aber darauf, daß er ein brutaler Diktator nicht sein kann. Die Chilenen haben den Namen ihres Peinigers wohl gewußt. Während westliche Beobachter dazu neigen, eigene Demokratie-Modelle exportieren zu wollen, verbindet eine Reihe der einheimischen Kritiker Nazarbaevs westliche Muster mit radikaldemokratischen (auch in Kazachstan gab es Runde Tische), ja anarchistischen Vorstellungen und viel politischem Halbwissen zu einer abenteuerlichen Mischung. Viele der von dieser Opposition als undemokratisch kritisierten politischen Systemmerkmale sind auch in der westlichen Welt Normalität, und nicht jedes Merkmal eines präsidentialen Regierungssystems steht schon für einen autoritären Regime-Charakter. Doch die Grenzen zwischen beidem sind in Kazachstan durchaus diffus, und die Frage da-

nach, wer, wann und wie den Präsidenten kontrolliert, hat hier eine besondere Berechtigung.

Das Grundproblem des kazachstanischen Demokratisierungsprozesses besteht im Verhältnis von „Ordnung“ bzw. Stabilität und demokratischer Öffnung. Das für Transitionsprozesse viel diskutierte und oft auch vorgeschobene Problem der (Un)Regierbarkeit für den Fall, daß Demokratisierungsprozesse „zu schnell“ oder „zu weit“ gehen und einen *overload* hervorrufen würden, besitzt in Kazachstan angesichts einer Mischung von relativer Stabilität mit einer defizitären Infrastruktur für demokratischen Wandel einerseits und des abschreckenden Beispiels der konfliktiven Nachbarregionen Tadschikistan und Čečnja (Tschetschenien) andererseits tatsächlich eine ganz besondere Dimension. Doch die Versuchung, damit Demokratiedefizite zu legitimieren oder Demokratie nur als „Instrument“ eines *state-* und *nation-building* benutzen zu wollen und nicht als „Norm an sich“ zu betrachten, ist groß. Kazachstan hat keinen demokratischen „Helden“ und zu viele Modelle. Mit Kunaev, der einst in einem selbstherrlichen Akt Moskaus durch den Russen Kolbin als Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kazachstans ersetzt worden war, findet heute unter Teilen der Bevölkerung wieder ein Mann Brežnevs zweifelhafte Ehrung, der auch als Symbol für die Korruptheit der mittelasiatischen sowjetischen Parteipolitikerkaste galt. Nazarbaev, der 1989 Erster Sekretär der kazachstanischen KP und 1990 erster Präsident des Landes wurde, war zunächst ein Vertrauter Gorbačovs, der sich jedoch späterhin durch ebendiesen Mann, weil dieser die UdSSR aufs Spiel gesetzt hatte, verraten fühlte. El'cin hat sich Nazarbaevs eurasischem Projekt gegenüber reserviert verhalten und für kazachstanisches Erdöl die Grenzen dicht gemacht. Eigene demokratische Dissidenten à la Havel, Sacharov oder Solšenicyn hat Kazachstan zu (post)sowjetischen Zeiten kaum besessen. Der Schriftsteller Olžas Sulejmenov, der noch am ehesten für diese Rolle prädestiniert zu sein schien, hat sich letztlich doch mit Nasarbaev verbündet und ist jetzt kazachstanischer Botschafter in Italien.

Wie viele der „traditionellen“ Entwicklungsländer verweist Kazachstan auf den elementaren, aber vom Westen oft vergessenen Unterschied zwischen den Möglichkeiten einer Redemokratisierung und einer *Ersterrichtung* von Demokratie. Kazachstan steht für den zweiten, besonders komplizierten Fall, bei dem westliche Ordnungsmuster noch langsamer greifen als in Entwicklungsländern mit demokratischen Traditionen. Weder können in Kazachstan westliche

Demokratievorstellungen an glaubhafte autochthone Projekte anknüpfen, noch gibt es ein politisches Vakuum, das einfach aufzufüllen wäre. Innerhalb eines Konglomerats widerstreitender und wenig überzeugender politischer Optionen und Protagonisten hat sich keine neue politische Hegemonialkraft herausbilden können. Ein technokratischer und pragmatisch-kluger Präsident, der selbst eingesteht, daß „die Demokratie erst an die Tür klopfte“,¹⁵ personifiziert jenen Teil der alten Nomenklatura, der sich im Prinzip, jedoch begrenzt, wandlungsfähig gezeigt hat. Kazachstan ist eine „Überlagerungsgesellschaft“¹⁶. Die noch immer in den Grundfesten verankerte und mit mittelalterlich-despotischen Traditionen eng verwobene sowjetische „Schicht“ ist nicht ohne weiteres von oben oder von außen „abzutragen“. Das Ringen um Demokratie wird in dieser Republik nicht nur *gegen* die, sondern auch *in* der Nomenklatura auszufechten sein. In vielen Entwicklungsländern war der Beginn einer Transition zur Demokratie nicht an den Wechsel der Machteliten gebunden. Kazachstan ist also in dieser Hinsicht kein Ausnahmefall. Und es hat schon mehrfach sein „Wohl“ von außen geschenkt bekommen, diesmal besitzt es die Chance, es selbst zu erstreiten.

Die Autorin war zu den Parlamentswahlen vom 5. und 9. Dezember 1995 als internationale Wahlbeobachterin in Kazachstan.

- 1 Vgl. V. Y. Porkhomovsky, Historical Origins of Interethnic Conflicts in Central Asia and Transcaucasia, in: V. V. Naumkin (Hrsg.), Central Asia and Transcaucasia. Ethnicity and Conflict, Westport/London 1994, S. 2. Im folgenden wird jedoch – der Konvention entsprechend – Kazachstan als Teil Mittelasiens betrachtet.
- 2 Die kazachischen Nomaden waren erst spät (im 19. Jh.) durch tatarische Mullahs zum Islam bekehrt worden. Dieser Einfluß aus Rußland und später auch aus Uzbekistan, der mit dem Versuch gekoppelt wurde, die Nomaden sesshaft zu machen, war als ein fremdländischer empfunden worden und ist deshalb wenig geeignet als Impuls zum *nation-building*.
- 3 Vgl. Artikel 5 der Verfassung der Republik Kazachstan, in: Kazachstanskaja Pravda vom 8.9.1995.
- 4 Vgl. U. Halbach, Nasarbajews Eurasische Union, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 36/1994.
- 5 Vgl. R. Kaiser/J. Chinn, Russian-Kazakh Relations in Kazakhstan, in: Post-Soviet Geography, 36 (1995) 5, S. 259ff.
- 6 Vgl. I. Bremmer/C. Belt, Kazakhstan's Quandary, in: Journal of Democracy, 6 (1995) 3, S. 140.
- 7 Vgl. N. Amrekulov/N. Masanov, Kazachstan meždu prošlym y buduščim, Almaty 1994, S. 99.

- 8 Vgl. M. K. Kozybaev u. a. (Hrsg.), *Istorija Kazachstana s drevnejšich vremen do našich dnej*, Almaty 1993, S. 325ff.
- 9 Vgl. N. Amrekulov/N. Masanov (Anm. 7), S. 107.
- 10 Vgl. Kovceg vom 30.11.1995, S. 2.
- 11 Vgl. Karavan vom 1.12.1995, S. 9.
- 12 Vgl. N. Amrekulov/N. Masanov (Anm. 7), S. 119.
- 13 Vgl. U. Halbach, *Mittelasien zwischen Kommunismus und Islam*, in: *Reformen und Reformer in Osteuropa*, Regensburg 1994, S. 241.
- 14 Vgl. Karavan vom 8.12.1995, S. 9.
- 15 Zitiert in: *The Economist* vom 6.5.1995, S. 38.
- 16 Zum Begriff der Überlagerung (geprägt für einen anderen empirischen Kontext) vgl. C. Giordano, *Die Betrogenen der Geschichte. Überlagerungsmentalität und Überlagerungsrationalität in mediterranen Gesellschaften*, Bonn 1992.